

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 7. Juli 2016

betreffend § 18 Gesundheitsberuferegister-Gesetz

Die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen wird ersucht, gemeinsam mit den in Betracht kommenden Interessenvertretungen der betroffenen Angehörigen der Gesundheitsberufe sowie deren Dienstgeber/innen sowie den Berufsverbänden und den Ländern Lösungswege im Registrierungsbeirat zu beraten, die

- einen unbürokratischen Nachweis der Erfüllung der Fortbildungspflichten, beispielsweise mittels Vorlage einer Bestätigung einer anerkannten Bildungsinstitution, eines Krankenanstaltenträgers oder eines Berufsverbandes ermöglichen und
- zu einem Entfall der Befristung der Gültigkeit der Berufsberechtigung führen könnten

und einen Bericht einschließlich allenfalls erforderlicher gesetzlicher Anpassungen dem Nationalrat bis Ende des Jahres 2022 vorzulegen.

